

# de Kéisecker INFO

PERIODIQUE DU MOUVEMENT ECOLOGIQUE ASBL  
Paräft au moins 12 fois par an



6, rue Vauban – L-2663 Luxembourg – Tél: 43 90 30 1 – Fax: 43 90 30 43  
meco@emweltzenter.lu – www.emweltzenter.lu  
CCP LU16 1111 0392 1729 0000  
BCEE LU20 0019 1300 1122 4000

– EDITORIAL – EDITORIAL – EDITORIAL – EDITORIAL – EDITORIAL – EDITORIAL – EDITORIAL – EDITORIAL – EDITORIAL –

Dass die Beihilfen im Bereich der erneuerbaren Energien drastisch gekürzt werden sollten, war Anfang Januar so gut wie sicher: das dafür vorgesehene Budget war aufgrund des hohen Interesses vieler BürgerInnen stark überschritten worden (geschätzte Ausgaben von Januar 2003 – Februar 2004: ca 350 Mio Euro statt der vorgesehenen 20 Mio Euro!). Obwohl das entsprechende Reglement bis Dezember 2004 Gültigkeit haben sollte, drängte die Regierung das Umweltministerium eine Anpassung vorzunehmen, wobei eine sehr drastische Kürzung beabsichtigt war.

Ein solches Vorgehen, auch wenn es nachvollziehbar ist, wirft aus der Sicht des Mouvement Ecologique die Frage auf: Warum wird gerade im Umweltbereich immer wieder die Finanzierungsfrage derart mit Nachdruck gestellt, nicht jedoch beim Bau von Infrastrukturen? Dass erneute mehrere Mio Euro in das zweifelhafte CITA-Informationssystem an den Autobahnen gesteckt wurde, war keine öffentliche Diskussion Wert... Aber wenn einmal im Umweltbereich Gelder benötigt werden, dann wird daraus eine Staatsaffäre, auch dann, wenn wie die Handwerkerkammer feststellen konnte, dass bis jetzt immerhin 200 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien geschaffen wurden!

Dass die radikalen Kürzungen verhindert werden konnten, ist nicht zuletzt der Verdienst des Umweltministeriums, das es verstand die betroffenen Kreise (u.a. auch den Mouvement Ecologique) in die intensiven Diskussionen im Vorfeld der Regierungsentscheidung einzubinden. Der Mouvement Ecologique kann z.T. den Verdienst beanspruchen, mit dazu beigetragen haben das Schlimmste zu verhindern. Dennoch: es bleibt ein sehr bitterer Nachgeschmack über den doch begrenzten Stellenwert, den die Umweltpolitik in der vorliegenden Legislaturperiode hat(te).

Dass Umweltpolitik politisch erst dann wahrgenommen wird, wenn es um (viel) Geld geht, zeigt auch das Beispiel der zur Zeit laufenden Diskussionen über einen gemäß EU erforderlichen Verteilungsplan der CO2-Emissionen in Luxemburg (sog.Allokationsplan). Hier wird festgelegt, welche Akteure Anrecht auf wieviele CO2-Emissionen haben. Luxemburg kann mehr als wahrscheinlich seine Verpflichtungen betreffend eine Minderung der Emissionen an Treibhausgasen nicht einhalten. Somit stellt sich die Frage nach entweder strikteren Maßnahmen z.B. im Transport- oder im wirtschaftlichen Bereich oder aber, falls dies nicht genügt bzw. politisch nicht durchsetzbar ist, der Kauf von CO2-Quoten auf dem Markt. Dies würde für Luxemburg eine nicht gerade billige Angelegenheit darstellen. Und siehe da: plötzlich wird das CO2-Problem sogar ein Thema im Regierungsrat sowie in der Tripartite... Damit bewahrheitet sich ein Prinzip: was keinen (in Geld ausdrückbaren) Preis hat, ist kein Thema. Ob Luxemburg es sich jedoch leisten kann, sich von seinen Verpflichtungen "freizukaufen" steht auf einem anderen Blatt. Mit Vorreiterrolle hätte ein solches Freikaufen jedenfalls nichts zu tun, im Gegenteil, es wäre das Eingeständnis eines Versagens in der Klimaschutzpolitik.

Vielleicht besteht ja nun endlich auch die Chance, eine Wende in der Transportpolitik bzw. der Steuerpolitik einzuläuten. Konzepte wie z.B. das IVL bzw. die Energiesteuerstudie des Mouvement Ecologique liegen auf dem Tisch. Gerade solche inhaltliche Themen sollte der bevorstehende Wahlkampf auch behandeln!

## Nationalwahlen 2004

### Wat fuerdert de Mouvement Ecologique?

Donneschdes, 19. Februar um 18.30 am neien Restaurant "Harmony", an der Gare-Letzbeuerg(\*)

D'Chamberwahlen 2004 stinn an d'Haus - an et ass mëttlerweil ze enger Tradition ginn, datt och de Mouvement Ecologique Virschléi an diem Kader ausschafft. An der Hoffnung, datt sech am Wahlkampf mat den einzelnen Forderungen ausenanergesat gëtt - an datt awer och eng Reih Iddien vun de Parteien opgegraff an an d'Koalitionsofkommes opgeholl ginn.

Wahlen sinn awer och fir de Mouvement Ecologique selwer emmer en Ablack fir de Punkt ze setzen: Wou sti mer an den einzelnen Dossierer? Wat sinn fir eis déi wesentlech Akzenter fir déi nächst Joer?

Eenzel Aarbechtsgruppen schaffen zenter Wochen un eise Wahlvirschléi. Ma déi sollen elo - ier se veröffentlecht ginn - offen an enger Memberforum diskutiert a verbessert ginn.

**Theme sinn: Naturschutz - Energie - Landesplanung - Demokratie - Transport - Landwirtschaft - Nohalteg Entwécklung ....**

Den Ofloaf vum Owend: Fir d'eischt ginn déi Haftfuederunge kurz virgestallt, dono ass genuch Zäit fir Diskussioun.

Och wann Dir lech villäicht nët als "Expert" an engem Bereich spiert. Kommt laanscht! Well nemmen duurch eng Vielfalt vu Meenungen kann e Bild entstoen. Oder notzt einfach d'Geleentheet, d'Iddien vum Mouvement nach besser kennen ze léieren.

Den Owend wäert bis géint 21.00 daueren. Natierlech gëtt et eppes klenges ze lessen an och ze drénken. Fir dëst kennen ze organiséieren, wier et leiw, wann Dir lech géiert per Gréngen Telefon 439030-1 umellen.



Diesem Kéisecker-Info ist der Aufkleber "Ech wien de Message hannert der Visage" beigelegt. Mit diesem inhaltlichen Aufkleber möchte der Mouvement Ecologique seiner Forderung Nachdruck verleihen, dass im kommenden Wahlkampf die Themen im Vordergrund stehen sollen. So wichtig Menschen sind: Debatten über die Gestaltung des Landes müssen auf konkreten Inhalten geführt werden. Deshalb: unterstützen Sie diese Aktion! Nutzen Sie den Aufkleber! Weitere Exemplare können gratis angefordert werden. Tel. 439030-1

## Vorankündigung: Nationale Generalversammlung des Mouvement Ecologique 2004 am 13. März

### - Rundtischgespräch mit Vertretern aller politischen Parteien

Die diesjährige Generalversammlung des Mouvement wird am Samstag, den 13. März 2004 in Mamer stattfinden (etwa 14h30-18h30).

2004 wird angesichts der nationalen Wahlen innoviert: neben dem klassischen Teil einer Generalversammlung wird ein Rundtischgespräch über wichtige Forderungen des Mouvement Ecologique für die Nationalwahlen mit Vertretern aller politischen Parteien stattfinden.

So manches Mitglied des Mouvement Ecologique denkt vielleicht: Generalversammlung - das ist nicht so wichtig und eher eine obligate Handlung. Zum Teil, sicherlich. Doch sie ist weitaus mehr: ein Forum des Austauschs und vor allem in einem Wahljahr, dass jedes Mitglied zum Ausdruck bringen kann: ja, auch ich stehe hinter den Forderungen des Mouvement Ecologique.

Deshalb ein Appell an alle Mitglieder: erscheinen Sie bitte zahlreich zur Generalversammlung 2004!



## Mouvement Ecologique asbl.

Ökologeschen Zenter Pafendall  
6, rue Vauban  
L - 2663 Luxembourg  
Tel.: 43 90 30-1  
Fax: 43 90 30-43  
e-mail: meco@emweltzenter.lu  
www.emweltzenter.lu

Einzelmitgliedschaft: 40 Euro -  
Haushaltsmitgliedschaft: 60 Euro -  
Für Studenten und Arbeitslose: 20 Euro -  
Schnuppermitgliedschaft (auf ein Jahr beschränkt): 20 Euro

Kontonummer:  
CCP IBAN LU16 11110392-1729 0000,  
BCEE IBAN LU20 0019 1300 1122 4000

Der Mouvement Ecologique ist eine parteipolitisch neutrale und unabhängige Umweltschutzorganisation mit zahlreichen ehrenamtlich engagierten BürgerInnen. Durch eine Mitgliedschaft oder die Anwerbung von MitgliederInnen können Sie die kritische, engagierte und unabhängige Arbeit des Mouvement Ecologique und die Realisierung seiner Zukunftsvisionen für eine lebenswerte Gesellschaft von Morgen unterstützen.

# Reform des Gesetzes der "Bebauung der Ortschaften" von 1937: Mouvement Ecologique fordert nachhaltige Entwicklung der Gemeinden und ein Mehr an Demokratie

Derzeit wird in der Abgeordnetenkammer über die Reform des Gesetzes über die Bebauung diskutiert. Dies nicht ohne Grund: immerhin stammt das derzeitige Gesetz sage von 1937. Und wer einmal mit dem Bau eines Lotissements, der Abänderung eines Bebauungsplanes, der Berücksichtigung von Energieaspekten bei der Bebauung, dem Schutz von Bäumen / Heckenräumen innerhalb des Bauperimeters u.a.m. zu tun hatte, der weiss, wie wichtig dieses Gesetz ist. Insofern ist es als äusserst positiv zu werten, dass endlich ein Reformtext vorliegt. Dieser zeigt auch einige interessante Neuerungen auf. Und doch sind nach Ansicht des Mouvement Ecologique eine Reihe von Verbesserungen sinnvoll, so dass der zuständigen Kommission der Abgeordnetenkammer ein 25seitiges Dokument mit konkreten Anregungen zugestellt wurde. Grob dargelegt, umfassen diese Vorschläge folgende Aspekte:

Der Mouvement Ecologique begrüsst eine Reihe von Neuerungen, besteht jedoch darauf, dass eine konkretere Verbindung mit dem **Landesplanungsprogramm** (das 2003 definitiv veröffentlicht wurde) und dem **Plan für eine nachhaltige Entwicklung** hergestellt wird. Anspruchsvolle Ziele, wie z.B. die Reduzierung des Flächenver-

brauchs oder energie- und mobilitätsbewusste Bau- und Siedlungsformen, hätten nur dann eine Chance in den Gemeinden umgesetzt zu werden, wenn das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung sehr konkret im Gesetzestext verankert werde. Dies sei zur Zeit nicht der Fall.

Der Mouvement Ecologique spricht sich in dieser Logik für eine Aufwertung der "**commission d'aménagement**" im Innenministerium aus: es ist Rolle einer unabhängigen Kommission darüber zu wachen, dass die Vorgaben der Landesplanung bzw. der nachhaltigen Entwicklung bei Bebauungs- und Flächennutzungsplänen effektiv berücksichtigt würden. Dies bedingt jedoch eine andere Zusammensetzung bzw. eine objektivere, nachvollziehbare Arbeitsweise der Kommission.

Die Planung der Siedlungsentwicklung darf in Zukunft nicht mehr an Gemeindegrenzen Halt machen, so eine weitere zentrale Forderung. Deshalb soll bei der Erstellung eines Bebauungsplanes der **regionale Kontext** ausdrücklich berücksichtigt werden und die Nachbargemeinden ebenfalls im Rahmen der Prozedur um Ihre Meinung zu gemeindeübergreifenden Aspekten gefragt werden.

Im Sinne eines "**Mehr an Demokratie**" sollten BürgerInnen in Zukunft alle Dokumente einsehen können, die als Grundlage zur Erstellung eines Planes dienen; auch sollten Dokumente systematisch über Internet einsehbar werden.

Neben einer Präzisierung, was u.a. die Rekursmöglichkeiten und die Inkraftsetzung von Plänen anbelangt, schlägt der Mouvement des Weiteren vor, Gemeinden zu ermöglichen eine **Flächen-**

**und Versiegelungstaxe sowie eine Spekulationsabgabe** einzuführen.

Was **Teilbebauungspläne** (plan d'aménagement particulier) anbelangt, so spricht sich der Mouvement Ecologique gegen die Regelung im vorliegenden Entwurf aus, dass diese nicht länger der normalen, sondern einer verkürzten Prozedur unterliegen sollen. Teilbebauungspläne können die Entwicklung einer Gemeinde ebenso entscheidend prägen, wie Abänderungen an Bebauungs- oder Flächennutzungsplänen. Deshalb wird vorgeschlagen, die Form der Prozedur bei Teilbebauungsplänen von der Bedeutsamkeit ihrer Auswirkungen abhängig zu machen und entsprechende Kriterien festzulegen. Der Prozentsatz, den Lotisseure für öffentliche Anlagen (wie öffentliche Plätze, Fuss- und Fahrradwege u.a.m.) abgeben müssen, soll von 25 % auf 30% erhöht werden.

Was die Umsetzung der **Impaktstudien-Direktive** anbelangt, fordert der Mouvement Ecologique ihre Verankerung im Reformtext u.a. deshalb, weil z.B. die potentiellen Verkehrsbelastungen, die durch ein Siedlungsprojekt entstehen, aufgrund der Jurisprudenz nicht vom Kommodo-Inkommodo-Gesetz abgedeckt werden.

Im Bautenreglement müssen u.a. auch **energetische und naturschützerische Auflagen** integriert werden: eine solche Möglichkeit sei ausdrücklich im Gesetzestext vorzusehen.

Die ausführliche Stellungnahme kann auf der homepage [www.emweltsenter.lu](http://www.emweltsenter.lu) eingesehen werden oder per Grängen Telefon 439030-1 bestellt werden.



Bei der Reform des Gesetzes von 1937 sollte unbedingt die Gelegenheit beim Schopf genommen werden, damit Energie- und Naturschutzaspekte in der Bebauung stärker berücksichtigt werden

## AUS DE REGIONALEN – AUS DE REGIO Dioxin-Belastung im Süden des Landes

Seit Jahren setzt sich der Mouvement Ecologique, Regional Minette gemeinsam mit der Bürgerinitiative "Stop Dioxin" für eine Verringerung der Dioxinmissionen im Süden des Landes und eine bessere Informationspolitik ein. Zumindest Teilerfolge sind mittlerweile zu verbuchen, auch wenn noch vieles zu tun bleibt: Nach Treffen mit der Umweltverwaltung und dem Gesundheitsministerium im Januar wurde erreicht, dass der Dioxin-Grenzwert im Gemüse (auch bezüglich der Verfütterung an die Tiere) der Öffentlichkeit offensiv mitgeteilt wird und ab einem gewissen Grenzwert vom Verzehr von belastetem Gemüse abgeraten wird. Des Weiteren wurde eine systematische Untersuchung von Hühneriern zugesagt – ebenso haben sich die Gemeinden stärker im Dossier involviert. Allerdings besteht noch keine Zusage, dass sich Luxemburg endlich an dem seitens der EU empfohlenen Dioxinwert orientiert, der doch relevant unter demjenigen von

Luxemburg liegt. Im folgenden veröffentlichten wir die Stellungnahme, die im Dezember nach Bekanntgabe verschiedener zu hoher Belastungswerte, ausgearbeitet wurde.

### Gemüse erneut mit Schadstoffen belastet

#### Umwelt- und Gesundheitsministerium informieren mit viermonatiger Verspätung

Um den Schadstoffausstoß der Elektroöfen von Esch, Schifflingen und Differdingen zu über-wachen besteht seit 1996 ein von der Umweltverwaltung aufgebautes Messnetz mit Bio-indikatoren (u.a. Moose, Kohl-Gemüse). Als im Herbst/Winter 2002 eine sehr hohe Dioxin- und Bleibelastung im Gemüse festgestellt wurde und der diesbezügliche Informationsfluss zwischen staatlichen Behörden und betroffenen Gemeinden sehr mangelhaft war, forderten die Gemeindevorstände das Umwelt und Gesundheitsministerium auf, endlich Maßnahmen zu ergreifen um die Schadstoffbelastung zu reduzieren und die Information an die Bürger zu verbessern.

So wurde zwischen den Schöffenräten der Gemeinden Esch, Schifflingen, Differdingen, Sanem und den staatlichen Verantwortlichen, E. Berger, Staatssekretär im Umweltministerium sowie Gesundheitsminister C. Wagner am 1. Juli 2003 verschiedene Maßnahmen vereinbart.

Neben der Ausweitung der Analysen auf die Nahrungskette (Untersuchung von Eiern und Kleintierfleisch) sollte auch die Information an die betroffenen Bürger erheblich verbessert werden.

Nun meldeten sich der Mouvement écologique und die Bürgerinitiative "Stop Dioxin" zu Wort mit dem Hinweis, dass die vereinbarten Maßnahmen noch immer nicht umgesetzt wurden.

So kamen die Analysenergebnisse der Mai/Juli-Messkampagne mit Kohl-Gemüse am 18. November bei den Betroffenen an. Diese erfuhrn also mit viermonatiger Verspätung, dass der Grenzwert für Blei an sechs Messstellen überschritten wurde.

Mouvement Ecologique und Bürgerinitiative finden es skandalös, dass trotz formellen Vereinbarungen keine Verbesserungen hinsichtlich Schadstoffminderung und Beschleunigung der Information herbeigeführt werden konnte. Auch beimangeln beide Vereinigungen, dass nach wie

vor keine Informationen betreffend die Verfütterung von kontaminiertem Gemüse an Tiere veröffentlicht wurden. Des Weiteren wird auf technische und wissenschaftliche Mängel hingewiesen, wie: nicht applizieren der EU-Richtwerte, falsche Blei-Referenzwerte für Moose oder Waschen der Gemüseproben (Standard ist das Analysieren von ungewaschenen Proben).

Mouvement Ecologique und Bürgerinitiative fordern den Umwelt- und Gesundheitsminister auf, endlich klar verständliche Aussagen bezüglich Verfütterung an Tiere und Anbau von Wintergemüse an die betroffenen Gemeinden und Bürger zu richten. Gemäß dem Vorsorgeprinzip und basierend auf siebenjährige Erfahrungswerte von fünfzehn Messkampagnen, müsste an den bekannten, chronisch belasteten Orten (Esch-Tramsschapp, Schifflingen-Um Benn) von einem Anbau von Wintergemüse abgeraten werden.

Des Weiteren bitten die beiden Organisationen die Gemeindevorstände, die per Gesetz für den Gesundheitsschutz ihrer Bürger zuständig sind, sich stärker bei den staatlichen Behörden einzusetzen um die jahrelange Schadstoffbelastung durch die Elektrostahtwerke endlich einzustellen.

## Kuurz bericht

### Schienenfrachtverkehr im Norden des Landes

Die Nordgemeinden haben sich rezent mit Gewerkschaften, "Aktioum Öffentlechen Transport" und Mouvement Ecologique gegen einen Abbau des Schienenfrachtverkehrs im Norden des Landes solidarisiert.

Die Eisenbahngewerkschaften rufen auf zu einer Solidaritätsbekundung gegen eine geplante Umstrukturierung der Abwicklung des Schienenfrachtverkehrs. Die CFL plant die Service Stelle in Ettelbrück ersatzlos abzubauen. Dies hätte zur Folge, dass nur noch komplette Züge direkt von Bettembourg aus beliefert werden könnten. Kunden mit kleineren Frachtmengen, welche bis jetzt in Ettelbrück aufgeteilt werden, könnten dann nicht mehr bedient werden. Die Nordgemeinden haben erkannt, dass dies ganz klar zu einer Verschlechterung der Attraktion ihrer Industriezonen führen würde. Auch wäre dies in keinsten Weise im Einklang mit Landesplanungsgesetz und dem Plan für eine nachhaltige Entwicklung, welche einen Ausbau des Schienenverkehrs im Frachtbereich vorsehen. Auch die Anrainer von Industriezonen wären in Zukunft nicht erfreut, wenn vermehrt Lastwagen zirkulieren würden.

Ausserdem sind ungefähr 20 Arbeitsplätze betroffen, die zwar in Bettembourg aufgefangen werden sollen. Dies bedeutet aber auch ein weiterer Arbeitsplatzentzug im Norden des Landes.

Der Eisenbahndirektor hat einer Vertretung des "Comité d'Action Ligne du Nord" eine Unterredung für den 16. Februar angeboten. Auch beim zuständigen Minister wurde eine Unterredung angefragt, schliesslich wäre es an der Politik Vorgaben zu geben bzw. finanzielle Schwierigkeiten in diesem Bereich auszugleichen, falls eine Beibehaltung des Angebotes wirtschaftlich problematisch wäre.

### Projet d'implantation d'IKEA à Sterpernich (commune d'Arlon): Opposition de communes luxembourgeoises et du Mouvement Ecologique

*Le projet d'implantation d'un magasin de la chaîne IKEA à la frontière belgo-luxembourgeoise à Sterpernich (commune d'Arlon) suscite de vives protestations de la part des communes de Clemency et de Garnich ainsi que du Mouvement Ecologique. Dans une conférence de presse, une argumentation fouillée a été présentée aux journalistes luxembourgeois qui en ont fait un écho important dans les organes de presse (notamment Le Soir) et la radio (RTBF):*

La **procédure** serait entachée d'un grave vice de forme : en effet vu les incidences du projet sur le territoire des communes adjacentes, une consultation de celles-ci, de leur population et des autorités au niveau national du Grand-Duché aurait dû avoir lieu. L'endroit d'implantation est situé en effet à quelques centaines de mètres du petit village grand-ducal de Grass, situé en zone verte interurbaine selon le programme directeur de l'aménagement du territoire. Le fait d'évacuer les eaux (usées) dans un ruisseau luxembourgeois (l'Eisch) pourrait augmenter le risque d'inondation.

Etant donné par ailleurs qu'une grande partie des clients potentiels d'IKEA viendrait du Sud du Grand-Duché resp. de la région française limitrophe, une augmentation notable du **trafic** automobile à travers les petits villages luxembourgeois serait inévitable selon les communes, le Mouvement Ecologique et le comité d'action local de Clemency. Ces clients n'emprunteraient pas l'autoroute de contournement de Luxembourg-Ville, mais choisiraient dans la région Sud des itinéraires plus rapides et moins sujets à des bouchons.

L'absence de tout **étude hydrologique** resp. de circulation rendrait par ailleurs le dossier d'IKEA absolument incomplet.

Les communes et le Mouvement Ecologique ont déclaré se réserver tout droit pour faire annuler le cas échéant la procédure pour **vice de forme** (pas de consultation transfrontalière et dossier incomplet).

Le fait qu'en plein milieu rural (si l'on fait abstraction de l'autoroute) IKEA projetée de s'implanter risque d'entraîner un début d'une **suburbanisation** le long de la frontière, alors qu'il n'y a aucun lien organique direct avec un centre d'attraction urbain. Ceci équivaldrait à morceler davantage des espaces naturels sans aucune vue d'ensemble au niveau de l'aménagement du territoire à un niveau transfrontalier.

Ceci à un moment où la Communauté Européenne subventionne par l'intermédiaire du **projet INTERREG III A WLL** (Wallonie - Lorraine - Luxembourg) avec de l'argent du FEDER " la création et le développement d'un espace économique transfrontalier intégré "...Un site alternatif pour IKEA serait sans doute facile à trouver dans la région. Les intervenants luxembourgeois ont fait part de leur intention d'intervenir auprès de la Communauté Européenne pour dénoncer cette démarche qui à leurs yeux est contraire aux principes déclarés de la démarche INTERREG.

Le détail de l'argumentation est disponible sur le site internet [www.emweltcenter.lu](http://www.emweltcenter.lu)

## Solarenergie in Luxemburg weiter auf dem Vormarsch – verstärkt auf Erfolge aufbauen!

Recht spannend waren die Debatten im Dezember / Januar zum Thema "regenerative Energien". Hat doch das Umweltministerium den Mouvement Ecologique recht offensiv in die Debatte über die Reform des Reglementes der erneuerbaren Energien eingebunden. Aus der Sicht des Mouvement Ecologique stand fest: es darf auf keinen Fall einen Einbruch des Ausbaus der Solarenergie geben! Doch scheinbar war auch an Grundsätzen der Vorgaben der Regierung nicht zu rütteln: die benötigten Gelder würden den finanziell vorgesehenen Rahmen sprengen, Korrekturen seien notwendig. In derartigen Debatten führt ein Mouvement Ecologique natürlich das Argument an, dass die Förderung noch immer bescheidener sei als ein umstrittenes CITA-Projekt, als der Bau gewisser Ausbaustrecken von Strassen ... und dass man politische Prioritäten setzen muss...

Zahlreiche Gespräche fanden statt, um den nunmehr verabschiedeten Kompromiss herbeizuführen. Sicherlich: der Mouvement Ecologique hätte lieber keine Abänderungen gesehen. Und doch muss man sagen: sie halten sich im Rahmen dessen, was erträglich ist.

Wünschen würde man sich natürlich, dass seitens der Regierung auch andere Ausgaben des Staates derart kritisch hinterfragt werden würden, als die im Solarenergiebereich... So manches Projekt wäre dann wohl zum Scheitern verurteilt. Aber das ist noch immer das Los der Umweltpolitik: zu hoffen ist, dass sie einmal den Stellenwert erhält um noch stärker notwendige Reformen einzuklagen.

Im folgenden veröffentlichen wir die offizielle Stellungnahme.

Rezent wurden wesentliche Entscheidungen betreffend die erneuerbaren Energien sowohl auf Regierungsebene als auch in der Abgeordnetenversammlung getroffen – zwei Debatten, die eine Reaktion des Mouvement Ecologique hervorruften.

Zum einen hat die Regierung entschieden, die Fördermittel für erneuerbare Energien vor Ablauf der vorgesehenen Frist Ende 2004 zu überarbeiten. Der Mouvement Ecologique hätte eine Weiterführung der bisherigen Fördermaßnahmen vorgezogen. Dennoch zeigt die Umweltgewerkschaft ein gewisses Verständnis dafür, dass die Regierung aufgrund des eindrucksvollen Erfolges und der damit verbundenen Überschreitung der vorgesehenen Budgetmittel zum jetzigen Zeitpunkt eine vertretbare Anpassung der Förderprogramme durchgeführt hat. Dem Umweltministerium sei es immerhin gelungen in Absprache mit der Umweltkommission der Abgeordnetenversammlung und einem konstruktiven Dialog mit den interessierten Kreisen (u.a. auch mit dem Mouvement Ecologique), die Beihilfen auf einem hohen Niveau zu halten. Auch in seiner Neufassung bleibe das Reglement ein wesentliches Instrument im Sinne einer Energiewende und habe weiterhin, auch auf EU-Ebene, Vorbildcharakter. Um eine direkte Information aller interessierten Kreise zu gewährleisten schlägt der Mouvement Ecologique jedoch die sofortige Einrichtung einer Solar-Hotline im Umweltministerium vor.

Offensiver aber kritisiert die Umweltgewerkschaft eine weitere Entscheidung in Sachen erneuerbare Energien, die diese Woche in der Abgeordnetenversammlung gefallen ist. Im Rahmen der Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Förderung alternativer Stromproduktion peilt Luxemburg lediglich den recht bescheidenen Prozentsatz von 5,7% an erneuerbaren Ener-



200 neue Arbeitsplätze konnten dank der Förderungen im Bereich Solarenergie geschaffen werden

gien bis 2010 an – damit ist Luxemburg EU-Schlusslicht, während andere Länder durchaus den Schritt tun und ein Ziel von 10% erreichen wollen und der EU-Durchschnitt bei 22% liegt. Luxemburg stünden aber, so der Mouvement Ecologique, durchaus ausreichend Potential und Mittel zur Verfügung um auch das ambitioniertere – aber absolut notwendige Ziel – von 10 % zu erreichen.

Wenn sowohl die Regierung als auch die Mehrheitsparteien es nicht bei reinen Förderprogramme belassen und eine reelle Energiewende einläuten wollten, müssten in der Tat weitere Schritte folgen:

Der Mouvement Ecologique fordert die Regierung auf noch in dieser Legislaturperiode Modelle für die Einführung einer Energiesteuer auf den Tisch zu legen, mit den zahlreichen damit verbundenen Vorteilen aus ökologischer, sozialer und ökonomischer Sicht. Dies könne auf der Grundlage der Studie von Dr.Ewrigmann über eine nachhaltige Steuerreform erfolgen. Mittelfristig sei u.a. ebenfalls eine Verlagerung der Einspeisevergütung vom Staatshaushalt auf den Energiepreis unumgänglich.

Weiterhin sei der Staat gefordert seine Vorbildfunktion zu verstärken, indem bei staatlichen Gebäuden verstärkt die Niedrigenergie- und Passivhausbauweise sowie Solaranlagen (thermisch und Photovoltaik) eingesetzt werden.

Des Weiteren werden die Parteien aber auch das Umweltministerium aufgefordert, vor dem Wahltermin ihre konkreten Vorschläge für die Fortentwicklung der Förderprogramme im Bereich Energiesparen / Erneuerbare Energien auf den Tisch zu legen, da das aktuelle Reglement Ende 2004 auslaufe.

Schlussendlich gälte es aber auch das Energiesparen noch offensiver zu betreiben. Vor allem durch die Förderung der Altbauanierung und offensiver Beratungs- und Marketingkonzepte.

Die neuen Förderreglemente bzw. die Abänderungen können auf der homepage des Umweltministeriums [www.mev.etat.lu](http://www.mev.etat.lu) eingesehen werden.



# Bilanz des Mouvement Ecologique vor Ablauf der Leg Tiefer Graben zwischen Anspruch und Wirklichkeit in

In knapp 5 Monaten stehen die nächsten Legislativwahlen ins Land. Bevor sich der Mouvement Ecologique in die Erarbeitung bzw. die Vorstellung von neuen Wahlforderungen lanciert, möchten wir eine Bilanz der in dieser Regierungszeit geleisteten Arbeit ziehen. In der Tat wäre es zu einfach, immer nur neuen Versprechen und Ideen nachzujagen, wenn nicht von Zeit zu Zeit auch Bilanz gezogen wird – die politischen Akteure auch vor die Verantwortung gezogen werden. Und die Bilanz dieser Regierung ist dann doch recht ermutigend. Doch: es verbleiben noch 3 Monate: werden sie genutzt um – wenn auch vielleicht in letzter Minute – noch einige Akzente zu setzen, so könnte die recht schwache Bilanz zumindest teilweise verbessert werden. Im folgenden sei aus einer ausführlichen Stellungnahme des Mouvement Ecologique vom Dezember 2003 zitiert.

## „Nachhaltige Entwicklung“: ein Ziel der Parteiprogramme sowie des Koalitionsabkommens von 1999

Anlässlich der letzten Legislativwahlen veröffentlichte der Mouvement Ecologique in einer 120-seitigen Broschüre einen detaillierten Forderungskatalog in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung. Eine ganze Reihe von Ideen wurden von den politischen Akteuren aufgegriffen und fanden u.a. Eingang in die Parteiprogramme.

Mehr noch: quer durch die unterschiedlichen Ressorts fanden sich auch im Koalitionsabkommen zentrale Aussagen auch eines Mouvement Ecologique wieder. Das **Koalitionsabkommen** war in manchen Hinsichten entsprechend **ambitiös**, berücksichtigte es doch in den diversen Politikbereichen Ideen der nachhaltigen Entwicklung.

Kurz vor Ablauf der Legislaturperiode ist die Bilanz jedoch **ermüchternd**: Die Regierung wurde ihren eigenen Ansprüchen in vielerlei Hinsicht nicht gerecht! Es darf de facto von einem Versagen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und damit der selbst gesteckten Ziele im Koalitionsabkommen gesprochen werden.

## Eigenen Ansprüchen nicht gerecht geworden!

Vielfach herrscht bei manchen BürgerInnen die Meinung vor, Wahlprogramme hätten nur in Wahlzeiten Gültigkeit, um Wähler zu gewinnen. Dass auch ein Koalitionsabkommen nicht unbedingt mehr Wert ist, als das Papier auf welchem es steht, ist allerdings äußerst befremdend.

Vergleicht man in der Tat die anspruchsvolle Liste der im Koalitionsabkommen angekündigten Massnahmen im Bereich nachhaltige Entwicklung und deren Umsetzung in die Realität, so

stellt man eine **gewaltige Diskrepanz zwischen Worten und Taten** fest.

Einige Beispiele von nichtverwirklichten, jedoch im Koalitionsabkommen angekündigten Maßnahmen:

*Operationeller Plan zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Belastungen – Förderung der dezentralen Entwicklung / systematische Dezentralisierung von Aktivitäten – Einführung einer ökologischen Steuerreform – Umsetzung des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung – Einführung einer Spekulationssteuer – Umsetzung des Vorsorgeprinzips – Förderung der Energiesparmassnahmen auch im ökonomischen Bereich – Ausbau eines Qualitätstourismus – Schaffung eines Verkehrsverbundes – Verabschiedung eines sektoriellen Planes von Aktivitätszonen, vor allem auch für kleinere und mittlere Betriebe – gezielte Förderprogramme für Betriebe im Umweltbereich ...*

... alle diese Projekte wurden zwar angekündigt – harren aber, sechs Monate vor Ablauf der Legislaturperiode, einer Umsetzung. Dies ist umso ärgerlicher, als so manches Projekt schon im Koalitionsabkommen vorheriger Regierungen vorgesehen war...

**Man kann es drehen und wenden wie man will: dieser Regierung gelang es im Bereich nachhaltige Entwicklung nicht ihren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden.**

**Diese Regierung tritt ihr eigenes Koalitionsabkommen mit Füßen und stellt derart nicht nur Wahlaussagen und Parteiprogramme – sondern ihr eigenes Selbstverständnis in Frage.**

Man darf sich nicht wundern, wenn eine solche Entwicklung zu einem (weiteren) Vertrauensverlust der Bürger in die Politikgestaltung führt und letztlich dazu führen könnte, populistische Tendenzen zu unterstützen.

**Wenn programmatische Aussagen eines Koalitionsabkommens bzw. einer Regierungserklärung nur von geringer konkreter Relevanz ist: was bitte sehr, ist dann noch im politischen Diskurs verbindlich?**

## Außer "regenerativen Energien" nichts gewesen?

So hat diese Regierung tatsächlich aus dem Bereich der nachhaltigen Entwicklung vor allem nur ein bemerkenswertes Projekt aufzuzeigen: dasjenige der regenerativen Energien. Dieses kann man ohne Wenn und Aber begrüßen und es ist durchaus als Meilenstein in der Energiepolitik zu betrachten. Nicht nur weil in einem gewissen Sinn eine Energiewende eingeläutet wurde, sondern auch weil eine Verbindung zwischen ökologischen und ökonomischen Zielsetzungen in die Wege geleitet werden konnte.

Nur: eine Fortführung dieser Politik und der entsprechenden Förderprogramme muss gewährleistet werden auch in Zeiten restriktiver Budgetpolitik!

## Positive Projekte werden durch konträre Maßnahmen in Frage gestellt

Neben den Förderreglementen im Bereich regenerative Energien bleibt die Reform des

Naturschutzgesetzes, die Entwicklung von Belval-Ouest sowie das IVL vor allem als positive Projekte erwähnenswert. Doch bei jenen Projekten mischt sich ein bitterer Beigeschmack hinzu. Einerseits vermögen diese einzelnen, isolierten "Aushängeschilder" nicht, die negative Bilanz ins positive zu wenden. Andererseits bleiben Probleme bestehen.

In Sachen **Naturschutzgesetz** wurde eine grundlegende Frage bewusst ausgeklammert: die Gewährleistung einer objektiven, wissenschaftlichen Vorgehensweise, die Akzeptanz für die Akzeptanz des Naturschutzes in den verschiedenen Berufskreisen ist. Die Entscheidung über die dafür notwendige fachliche Struktur wurde vertagt...

Was das **IVL-Konzept** anbelangt, so warten alle interessierten Kreise seit Monaten darauf, währenddem die Straßenbauverwaltung vor Ort mit immer neuen Straßen(planungen) vollendete Tatsachen schafft. Eine tatsächliche Beteiligung von Gemeinden und Zivilgesellschaft bei der Erstellung des Konzeptes gab es im übrigen nicht!

Belval-Ouest kann gewiss ein Aushängeschild in Sachen **nachhaltige Siedlungsentwicklung** werden, wenn die architektonischen, energietechnischen und transportpolitischen Vorgaben in ihrem hohen Anspruch beibehalten werden. Nur: parallel zu Belval-Ouest werden auf Cloche d'Or und im Findel-Bereich in großem Umfang Bürobauteile hochgezogen: damit wird die Priorität für eine dezentrale Entwicklung konsequent unterlaufen...

## Abschottung des politischen Milieus: der Trend geht weiter

Neben der fehlenden Umsetzung der Vorgaben des Koalitionsabkommens markiert aber vor allem ein weiteres gravierendes Defizit die Arbeit dieser Regierung.

Es scheint, als wäre in dieser Legislaturperiode der Graben zwischen offiziellen Politikvertretern und BürgerInnen nicht schmaler, sondern eher breiter geworden zu sein.

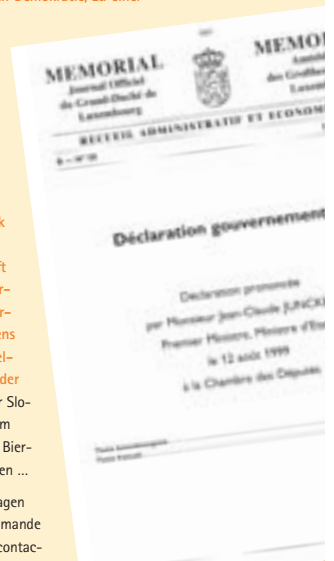
**Statt das Engagement der BürgerInnen – in Nicht-Regierungsorganisation, in der Zivilgesellschaft allgemein – zu nutzen und somit zu**

einer lebendigen Demokratie, zu einer **Öffnung der Politik zur Gesellschaft, zu einer konstruktiven Streitkultur ... zu finden, kann de facto eine Abschottung der Politik gegenüber der Zivilgesellschaft festgestellt werden – ja es werden sogar seitens der Politik regelrechte Feindbilder aufgestellt.** Der Slogan "Politik mam Bièrger – fir de Bièrger" lässt grüssen ...

Briefliche Aussagen wie "Je vous demande de ne plus me contacter, parce que je n'ai rien à vous communiquer" eines Regierungsvertreters stehen symbolträchtig für diese Geisteshaltung.

Symbolträchtig für die Tendenz ist die Art und Weise wie grundsätzliche politische Debatten als Krisensituationen in eine Tripartite verlagert und somit (bewusst?) jedwede strukturelle Reformen und dafür unumgängliche gesellschaftliche Diskussionen unterbunden werden.

- Warum, wurde nicht – wie vom Mouvement Ecologique vorgeschlagen – ein runder Tisch zum Thema "Flughafen" mit allen betroffenen Akteuren einberufen? Warum wird hier seitens der Regierung eine weitere Polarisierung geradezu heraufbeschworen?
- Warum auch wurde nicht anlässlich der Debatten über den 700.000 Einwohnerstaat bzw. auch nach Abflauen dieser Vision (?) versucht, eine fundierte Diskussion (mit entsprechendem fachlichem Input und Entwicklungsszenarien) in diversen Foren zwischen den unterschiedlichen Kreisen herbeizuführen (z.B. Wohnungsbau, Siedlungsentwicklung)?



Das Koalitionsabkommen dieser Regierung konkretisierte Massnahmen im ökologischen Bereich massiv mit der Umsetzung – die Regierten Ansprüchen nicht gerecht werden



Losgelöst von einzelnen thematischen Dossiers, ist vor allem die Art und Weise, wie diese Regierung Politik gestaltet, äusserst problematisch. Statt einer offensiven Herangehensweise und einer strukturierten Diskussion über Zukunftsfragen, findet eher eine Abschottung statt.

# Legislaturperiode: in Sachen „nachhaltige Entwicklung“

-Warum hat Luxemburg noch nicht einmal ansatzweise versucht, die Prinzipien einer lokalen Agenda 21, d.h. einer bewußten Reflexion mit allen interessierten BürgerInnen und Berufsgruppen, so wie sie in Rio verabschiedet wurde, in die Praxis umzusetzen?

-Warum werden Bürgerbefragnisse, die den Bürgern per EU-Recht eingeräumt werden, diesen in Luxemburg konsequent verweigert? Noch immer ist die Direktive betreffend den Zugang zu Informationen und Bürgerrechte (Aarhus-Konvention) sowie die Impaktstudie noch nicht in geltendes Recht umgesetzt!

Wer Politik und Bürger derart voneinander entfremdet und keine Initiativen im Sinne einer stärkeren Bürgerbeteiligung ergreift, sondern vielmehr die Abschottung der Politik weitertreibt, darf sich nicht wundern, wenn die aktuelle Legislaturperiode durch eine weitgehende Stagnation im gesellschaftspolitischen Bereich gekennzeichnet ist. Ja, wir brauchen ein neues „Modell Luxemburg“

im Rahmen dessen grundsätzliche Herausforderungen kontradiktorisch und in einem offenen und öffentlichen Dialog angegangen werden.

## Jedem das seine ...

Dieser Spruch mag im Alltag überzeugen, nicht aber wenn es um Regierungsarbeit geht. Doch gerade dieses Bild gab diese Regierung ab:

- Während der Umweltminister für CO<sub>2</sub>-Reduktionen, für die Förderung regenerativer Energien plädiert ... spricht der Wirtschafts- und Energieminister von irreellen Vorstellungen.
- Während das Innenministerium an einer integrierten Verkehrs- und Landesplanungspolitik arbeitet, plant das Bautenministerium weiterhin wahllos neue Strassen...
- Während der Kooperationsminister an die Verantwortung von Gemeinden appelliert, im Nord / Süd -Bereich aktiv zu werden, blockiert der Innenminister entsprechende Vorhaben von Gemeinderäten.
- Während das Umweltministerium sich für Landschaftsschutzgebiete einsetzt, stellt der Landesplanungsminister sie bewusst in Frage...
- Während das Umwelt- resp. Kooperationsministerium die Gemeinden stärker für Nachhaltigkeits- und Energiefragen gewinnen will, verweist das Innenministerium auf die doch restriktiv auszulegenden Kompetenz- und Aufgabenbereiche der Gemeinden.

Auf diese Weise kann man die unterschiedlichsten Wählerschichten bedienen, ohne de facto politische Weichenstellungen auf Kosten des Einen oder des Anderen vornehmen zu müssen. Doch der Preis ist extrem hoch: die Politik gibt ihre Gestaltungskraft auf!

## Statt Strukturreformen ..., Probleme aussitzen..., Chancen verpassen ...

Bedenklich für die langfristige Entwicklung Luxemburgs ist aber vor allem der Umstand, dass grundlegende wichtige Fragestellungen nur begrenzt aufgegriffen werden – und somit aber auch Chancen verpasst werden. Mit dieser Vorgehensweise riskiert Luxemburg, statt Probleme in relativ guten Zeiten vorwegzunehmen, bewusst gegen eine Mauer zu laufen und erst dann handlungsfähig zu werden, wenn „d'Kand am Petz läit“:

- **Konkrete Umsetzung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung erfolgt nicht:** Ziele wie eine Effizienzrevolution, Reduktion des Bodenverbrauchs auf 20% bis zum Jahre 2020 gemäss Plan für eine nachhaltige Entwicklung ... bleiben leider auf der Ebene von Schlagwörtern stehen. Dabei sind die Instrumente zur Umsetzung hinlänglich bekannt!
- **Sicherstellung einer nachhaltigen Steuerreform:** Es ist bekannt, dass unser Steuersystem

auf einer Reihe von Parametern beruht, die aufgrund diverser Entwicklungen (und seien es lediglich EU-Harmonisierungsbestrebungen) mittel- bis langfristig in Frage gestellt werden. Regelrechte Einbrüche sind mittelfristig zu befürchten. Trotzdem wird diese doch so wesentliche Frage nur zaghaft, wenn überhaupt, thematisiert: weiterhin wird auf Nischenpolitik à gogo gesetzt, die jedoch mittelfristig aufgrund der Infragestellung von Steuer- oder Abgabedifferenzen mit Nachbarländern auf äußerst fragilen Beinen steht (cf Abhängigkeit von Treibstoff-Verkauf).

- **Diversifizierung der Wirtschaft – Verknüpfung Ökologie und Ökonomie:** Die Fragilität unserer Wirtschaftsstruktur ist bekannt. Die „Nischenpolitik“ die Luxemburg sehr bewusst auszuspielen vermochte in den vergangenen Jahrzehnten kann, aufgrund z.B. von Harmonisierungsbestrebungen auf EU-Ebene, mit Sicherheit nicht in allen Bereichen in dieser Form beibehalten werden. Konsens besteht, dass eine Diversifizierung erfolgen muss. An klaren Aussagen, an erkennbaren Linien fehlt es. AOL jedoch ist nicht die

Antwort auf diese grundlegende Fragestellung.

- **Partizipative Demokratie fördern:** Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen sowohl aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung, der EU-Erweiterung als auch des Aufgreifens struktureller Probleme in der Gesellschaft (cf. Krankenkassen, Sicherung der Sozialsysteme). Diese können nur dann offensiv gelöst werden, wenn eine neue Streitkultur entsteht – die wesentlichen Weichenstellungen, die in den kommenden Jahren getroffen werden müssen, können nicht „von oben“ aufgezwungen werden. Statt hier, auch im Sinne von Rio, die partizipativen Strukturen auszubauen findet wie bereits erwähnt ein Zurück statt.

Die ausführliche Stellungnahme mit einer detaillierten Analyse des Koalitionsabkommens kann auf der homepage [www.emweltzenter.lu](http://www.emweltzenter.lu) eingesehen oder gratis bestellt werden.

## Verbleibende Monate der Legislaturperiode nutzen!

Bei aller negativer Einschätzung der Regierungsbilanz: es verbleiben den Regierungsparteien noch 3 Monate, um wichtige Akzente in Sachen Nachhaltigkeit zu setzen und eine gewisse Glaubwürdigkeit der Politik im Bereich nachhaltige Entwicklung (und darüber hinaus in Punkto Glaubwürdigkeit der Politik) zu retten.

Hierzu zählen nach Ansicht des Mouvement Ecologique u.a. folgende Projekte, die noch in Angriff genommen werden könnten und müssten. Im folgenden seien sie lediglich stichwortartig angeführt .

1. \_\_\_\_\_ Aarhus-Konvention und Direktive betreffend den freien Zugang zu Informationen im Umweltbereich gut heissen
2. Verabschiedung des Gesetzesprojektes betreffend die nachhaltige Entwicklung und Umsetzung prioritärer Maßnahmen?
3. Impaktstudiedirektive endlich verabschieden!
4. Weiterführung der Studie für eine ökologische Steuerreform
5. Konkretisierung des CO<sub>2</sub>-Reduktionsplanes – Breite Debatte und Verabschiedung des „Allokationsplanes“
6. Verabschiedung von Förderreglementen im Bereich Altbausanierung – Energiesparmassnahmen durchführen
7. Für eine nachhaltige Strategie in der Transportpolitik
8. Neue Schieneninfrastrukturen auch tatsächlich „auf die Schiene bringen“
9. Koordinationsstelle und Wissenschaftlichkeit im Naturschutzbereich einführen
10. Erstellung des „plan sectoriel paysages protégés“ sowie des Planes von Aktivitätszonen für Handwerksbetriebe
11. Reform des Gesetzes von 1937
12. Wasserwirtschaft auf stabile Füße setzen, vor allem indem die Umsetzung der Wasserrahmen-Direktive gewährleistet wird
13. Gesamt-Kommodo-Genehmigung für das Flughafenareal erstellen

## Machen Sie mit: Diskussion über Wahlvorschläge des Mouvement Ecologique zu den National- wahlen 2004

Der Entwurf der Vorschläge des Mouvement Ecologique für die Nationalwahlen 2004 werden ab dem 24. Februar auf der homepage [www.emweltzenter.lu](http://www.emweltzenter.lu) einsehbar sein.

Anregungen zu diesen Ideen sind dann unbedingt erwünscht!

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit! Sagen Sie uns welcher Vorschlag Ihrer Meinung nach fehlt – welcher eher umstritten ist.

Bis Mitte März werden die Vorschläge aufgrund der Anregungen überarbeitet und dann veröffentlicht.



## Aktionen 2004

Die Plenarsitzung des 'Klimabündnis Lëtzebuerg' fand Ende November 2003 in Beles statt. Dabei haben die Gemeinden und die nationale Koordination die Planung für 2004 diskutiert und verabschiedet. Hier nur einige Schwerpunkte herausgepickt:

### Bereich Umwelt

- Weiterführung der CO2-Bilanzierung in den Gemeinden
- Sensibilisierungsarbeit: Private CO2-Bilanz für Haushalte
- Beratung für Energiesparen beim Bauen vor Ort
- Pressekonferenz zur nationalen Klimapolitik im Vorfeld der Landeswahlen
- Altbausanierung: Vorbereitung einer einheitlichen Informationskampagne für die Gemeinden
- Mobilität: interner Workshop

### Bereich Nord-Süd

- 3 Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika, die von Gemeinden unterstützt werden können, werden angeboten
- Kommunale Bildungsarbeit mit Hilfe dieser Projekte im Süden
- Animation in Schulen und bei Jugendlichen
- Rohstoffe aus dem Regenwald am Beispiel Erdöl
- Fair gehandelte Fußballer ohne Kinderarbeit

## Das Klima 2003: die Zahlen belegen den Klimawandel eindeutig – auch in Luxemburg

Das Jahr 2003 hat nicht nur wegen der Hitzewelle im Sommer, sondern generell viele der bisher aufgestellten Rekorde gebrochen. Folgende Werte hat die Wetterstation auf Findel vor kurzem bekannt gegeben:

### Temperaturen

- mit 10,3 °C Jahresdurchschnittstemperatur war 2003 das wärmste Jahr seit dem Aufzeichnungsbeginn 1947 (1,6°C über dem 30-jährigen Durchschnitt 1971-2000), dabei waren 9 Monate wärmer als normal;
- dieses Jahr konnte die neue bislang höchste gemessene Temperatur von 37,9°C verzeichnet werden. Diese wurde gleich an zwei verschiedenen Tagen erreicht (8. und 12. August)

### Sonnenstunden

- mit 2.276 Stunden schien die Sonne im vergangenen Jahr weit überdurchschnittlich. Der 30-jährige Mittelwert wurde um 629 Stunden oder 38 % übertroffen.

### Niederschläge

- dementsprechend war 2003 ein relativ trockenes Jahr, denn es regnete nur an 137 Tagen (durchschn. 176) und an 20 Tagen wies der Boden eine geschlossene Schneedecke auf (durchschn. 33 Tage).

Besonders deutlich ist der Klimawandel daran zu erkennen, dass die sieben wärmsten Jahre zwischen 1990 und 2003 liegen (seit Aufzeichnungsbeginn 1947).

## Woher kommt dieser Klimawandel?

Das 'Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC' – ein internationaler Zusammenschluss von mehreren Hundert Wissenschaftlern im Auftrag der UNO – kommt in seinem letzten Bericht 2001 zu deutlichen Aussagen:

1. Der Klimawandel ist da und lässt sich nicht mehr ganz verhindern, da die Atmosphäre mit einer bestimmten Verzögerung auf Veränderungen reagiert. Diskutiert wird über das Ausmaß der Klimaänderungen. Je nach Modell schwanken die Temperaturerhöhungen zwischen +1,4 und +5,8 °C.
2. Es gibt neue und stärkere Hinweise darauf, dass die Ursachen für diese Klimaänderungen größtenteils auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen sind, z.B. die Verbrennung von Öl, Kohle und Gas. Nur ein kleinerer Teil ist natürlich bedingt.

Gespannt darf man darauf sein, inwieweit auf Grund dieser Tatsachen der Klimaschutz bei den kommenden Wahlen ein Thema sein wird.

## Die neuen Energie-Bausteine für Klimabündnis-gemeinden

Im Bereich 'Bauen' liegen riesige Energie-Einsparpotentiale, wenn man beachtet, dass zwischen einem Haus, das nach den Mindestanforderungen der derzeit gültigen Wärmeschutzverordnung gebaut wurde und einen Niedrigenergie oder sogar Passivhaus zwischen 50% und 90% Energieeinsparungen liegen. Über die gesamte Lebensdauer des Hauses betrachtet, ergeben sich daher enorme Energie- und Heizkosteneinsparungen. Davon ausgehend, sind Hauseigentümer, denen heute noch ein Neubau nach gültiger minimalen Wärmeschutzverordnung angeboten wird, schlicht 'op d'Aa gedreckt ginn'.

Um diese Energie-Einsparungen bei den unterschiedlichen kommunalen Bauprojekten zu nutzen, haben die Klimabündnisgemeinden die neuen Energie-Bausteine erstellen lassen. Darin finden die kommunalen Entscheidungsträger für die jeweiligen Situationen mit denen sie zu tun haben, z.B. Planung von Neubaugebieten, Konventionen mit Lotisuren, Einzelhausplanung auf privaten oder kommunalen Grundstücken, Veräußerung von Bauland durch die Gemeinde, Öffentliche Gebäude... die jeweiligen Textbau



Die Tafel mit den 28.350 „Gréng Meilen“ aus Luxemburg



v.l.n.r. Edwin Vásquez, Artur Runge-Metzger von der EU, der Minister der Lombardei, Claudia Schury vom ZOOM-Projekt

steine (sowohl fachlicher wie organisatorischer Natur) zum Energiesparen.

Die Energie-Bausteine liefern damit ein praktisches Instrument für die Entscheidungsträger in den Klimabündnisgemeinden, die im Bereich Neubau auf energiesparende Bauweisen Wert legen. Bei ersten Projekten kamen bereits diese Textbausteine zur Anwendung.

## „Op Kannerféiss duerch d'Welt“

Mehr als 80.000 Kinder aus ganz Europa sammelten eine halbe Million Grüne Meilen zum Schutz des Weltklimas

Im Rahmen der europaweiten Kampagne "ZOOM – Auf Kinderfüßen durch die Welt" haben Kinder aus 15 Ländern 544.008 Grüne Meilen zum Schutz des Weltklimas gesammelt. Grüne Meilen gab es für Alltagswege, die umweltfreundlich – also zu Fuß, mit Fahrrad und Roller oder mit Bus und Bahn – zurückgelegt wurden. Mit ihrem Beitrag zum Klimaschutz machten sich die Kleinen gemeinsam auf eine symbolische Reise zur UN-Klimakonferenz der Großen in Mailand. Den Weg von Brüssel über Kyoto nach Mailand können die Kinder mit den gesammelten Grünen Meilen rund zwanzig mal zurücklegen!

Zwei Tage vor dem sechsten Geburtstag des Kyoto-Protokolls, am 9. Dezember, übergab eine Delegation von rund 200 Kindern aus Italien sowie 10 österreichischen Kindern stellvertretend für alle TeilnehmerInnen die Grünen Meilen an Artur Runge-Metzger von der Europäischen Kommission für Umwelt. Die Kinder berichteten von ihren Erfahrungen und Entdeckungen während der Aktionswochen und

zeigten Bilder ihrer Alltagswege. Sie machten ihrem Ärger über den stinkenden und lauten Straßenverkehr Luft und sprachen über ihre Sorge um das Weltklima. Immer wieder forderten sie die Politiker auf, mehr für den Schutz des Klimas zu tun, da sie – die Kinder von heute, die Erwachsenen von morgen – nicht unter den Folgen des Klimawandels leiden wollen.

Runge-Metzger dankte den Kindern für ihren enormen Einsatz und beglückwünschte sie zu der gigantischen Anzahl Grüner Meilen. Er versprach, sie als Beitrag der Kinder Europas zur Erfüllung des EU-Klimaschutzprogramms in die Klimaverhandlungen einzubringen. Außerdem bat er die Kinder, den Erwachsenen auch weiterhin ein gutes Vorbild zu sein und sie davon zu überzeugen, dass es oft nicht nur sinnvoller, sondern auch viel spannender ist, Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen.

Zum Abschluss der Kampagne bedankte sich Edwin Vásquez, indigener Vorstand des Klimabündnis aus Peru, bei den Kindern und erklärte, dass sie heute, stellvertretend für alle fleißigen Meilensammler, eine Hochzeit mit der Natur eingegangen seien. Diese Verbindung verpflichte sie, auch weiterhin ihr Bestmögliches zum Schutz des Weltklimas zu leisten.

**Erinnern wir daran, dass in Luxemburg 4.800 Kinder am Projekt „Op Kannerféiss duerch d'Welt“ beteiligt waren, und zusammen 28.350 „Gréng Meilen“ gesammelt haben. Sie haben die vorgesehene Strecke Luxemburg-Kyoto-Mailand im Alleingang bewältigt.**

Weitere Infos zum Klimabündnis finden Sie auf der homepage [www.klimabuendnis.lu](http://www.klimabuendnis.lu)

# 31 neue Strassen geplant: Strassenbauverwaltung weiterhin ein "Staat im Staat"?!



Das neue Dokument der Strassenbauverwaltung - erstellt scheinbar unabhängig vom IVL

Ende des Jahres sorgte die Veröffentlichung eines Dokumentes der Strassenbauverwaltung durch den Mouvement Ecologique noch für Aufregung.

In der Tat wurde dem Mouvement Ecologique ein äusserst brisantes Dokument dieser Verwaltung zugestellt, in dem diese zahlreiche neue Strassenbauprojekte "andachte". Der Mouvement Ecologique setzte das "Geheimdokument" integral auf seine homepage und wies darauf hin, dass die Erstellung dieses Dokumentes seitens der Verwaltung de facto nicht zulässig ist.

Sicherlich: jede Verwaltung ist auch nach Ansicht des Mouvement Ecologique "frei zu denken", auch eine Strassenbauverwaltung. Doch derzeit wird doch gerade das IVL - des integrierten Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept - erstellt, in dem die verschiedenen Verwaltungen / Ministerien endlich gemeinsam planen sollen. Damit sie nicht aneinander vorbei diskutieren. Wenn dann aber wieder eine einzelne Verwaltung "cavalier seul" machen will, ist das doch ein politischer Skandal. Und er lässt tief blicken, wie stark die Macht dieser Verwaltung ist - und welches Selbstbewusstsein sie hat. Das Dokument ist nun ab Januar auch öffentlich einsehbar, dies wohl nicht zuletzt aufgrund der Initiative des Mouvement Ecologique. An Brisanz hat es nichts verloren!

Im folgenden veröffentlichen wir die Stellungnahme des Mouvement Ecologique, anlässlich der Veröffentlichung des Dokumentes.

Dem Mouvement Ecologique wurde rezent ein äußerst brisantes neues "Strategiepapier" der Strassenbauverwaltung mit dem Titel "Papier stratégique "route 2020.lu" du réseau routier étatique" (Oktober 2003) zugespielt.

Dass es dieses Papier überhaupt gibt, ist schlichtweg ein politischer Skandal! Immerhin wird seit einigen Jahren daran gearbeitet, dass u.a. endlich Kohärenz in die Transportpolitik kommt und der Strassenbau sich nach landesplanerischen Vorgaben zu entwickeln hat. Erfolgen soll dies bekanntlich im Rahmen des IVL (Integriertes Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept), das in einer Partnerschaft zwischen Innen-, Transport-, Bauten- und Umweltministerium erstellt wird und im Januar 2004 veröffentlicht werden soll.

Dass parallel - ja sogar unabhängig vom IVL - die Strassenbauverwaltung dieses separate Strategiepapier erarbeitet hat und weder ins IVL noch in den sektoriellen Plan "Transport" einfließen liess (!), ist politisch inakzeptabel. Dies zumal die Zeitspanne, für welche das "Strategiepapier" erstellt wurde, identisch ist mit derjenigen des IVL (15 Jahre)! Ein separates Strategiepapier kann demnach nur bedeuten: die Strassenbauverwaltung ignoriert den Anspruch einer kohärenten Regierungsplanung einfach und kocht weiterhin ihre eigene Suppe!

Dass - neben dem hohen Personal-, Fach- und Kostenaufwand für die Erstellung des IVL-Konzeptes -, eine Verwaltung sich weiterhin dieses Recht herausnimmt, gibt demnach all jenen Recht, die in den "Ponts et Chaussées" noch immer einen Staat im Staat sehen, der de facto, wie in den letzten Jahrzehnten Landesplanung konkret vor Ort betreibt - unabhängig von den Direktiven der Landesplanung.

Das IVL-Konzept hat dabei als Ziel, u.a. die Strassenbauplanung endlich der gewünschten Siedlungsentwicklung bzw. Landchaftsnutzung unterzuordnen. Dieser lebenswerte Anspruch wird von der Strassenbauverwaltung nunmehr völlig ad absurdum geführt.

Dass die Strassenbauverwaltung bei der Erstellung des Strategiepapiers augenscheinlich von der Bautenministerin gedeckt wird, ergibt sich aus einer Unterredung des Mouvement Ecologique mit der Bautenministerin am 12. Dezember 2003. Letztlich muss sie die politische Verantwortung dafür tragen.

Über diese grundsätzlichen Überlegungen hinaus, muss zusätzlich festgestellt werden, dass

die im Strategiepapier aufgeführten Strassenprojekte zum grössten Teil aus landesplanerischer, transport- und umweltpolitischer Sicht untragbar sind.

## Einige Beispiele:

Geplant sind sage und schreibe 31 (!) neue grössere Strassenbauprojekte, davon 6 auf "europäischer" Ebene, 7 grenzüberschreitende, 13 auf regionaler Ebene sowie 5 lokale. Damit werden alle Befürchtungen des Mouvement Ecologique und der Bürgerinitiativen (Plattform "Fir Mobilitéät mat Zukunft") in ihren Befürchtungen bestätigt.

Vor allem auch bei der Auflistung der "europäischen" Projekte zeigt sich die Denkweise der Strassenbauverwaltung: während die Bascharager Umgehung den Einwohnern als lokale Entlastung verkauft wird, handelt es sich gemäss Bautenverwaltung um ein "europäisches" Projekt... Die gleiche Argumentation wird ebenfalls für die Umgehung von Echternach bzw. Remich benutzt.

Absolut untragbar sind auch diverse grenzüberschreitende Projekte. Im Strategiepapier ist so die "Liaison de Sélange", der Ausbau der Nordaxen (u.a. "collectrice du Nord"), der teilweise Ausbau der Düdelinger und Arloner Autobahn auf 2x3 Spuren u.a.m. angeführt. Laut Informationen des Mouvement Ecologique werden einige dieser Projekte im IVL als nicht sinnvoll bezeichnet. Dies stellt ohne Zweifel einen hohen politischen Sprengstoff dar. Die beiden "Strategien" greifen nicht nur nicht ineinander, sondern widersprechen sich schlichtweg! Ein fragwürdiges Licht auf die Taktik der Strassenbauverwaltung wirft ausserdem die Tatsache, dass eine Reihe dieser Projekte von der Bautenverwaltung bis dato negiert wurden - während sie aber in Wirklichkeit die Planung vorantreiben.

Dass die Strassenbauverwaltung die Anbindung der "collectrice du Sud" an das belgische Autobahnnetz mit der lapidären Feststellung kommentiert "la collectrice du sud deviendra une route internationale" ist, angesichts der damit verbundenen Folgen für den Süden schlicht unverantwortlich. Ebenso fragwürdig ist das Vorhaben, den Ring um die Stadt Luxemburg ("rocade Nord") definitiv zu schliessen.

Bedrückend ist eine weitere Tatsache: Luxemburg muss bis Ende des Jahres einen Plan vorlegen, wie die CO2-Emissionen reduziert werden können. Bis zum Jahre 2010 sind wir aufgrund von internationalen Verträgen verpflichtet diese um 28% zu senken! Die gigantischen Strassenbauplanungen werden unweigerlich zu einem Mehr an Emissionen führen - dieses Problem wird nicht einmal am Rande erwähnt... Doch vielleicht denkt die Strassenbauverwaltung, eine solche Reduktion sei Aufgabe von Industrie und Handwerk...

Die eigentliche Schlussfolgerung aber zieht die Strassenbauverwaltung selbst: "Le but de ce papier est de metre en evidence la continuité des travaux et la philosophie de l'administration des ponts et chaussées en matière de planification routière future." Dem ist nichts hinzuzufügen.

Das detaillierte Dokument der Strassenbauverwaltung kann auf der homepage [www.route2020.lu](http://www.route2020.lu) abgerufen werden.

## Kurzbericht

### Nachhaltige Steuerreform in Luxemburg

Im Auftrag des Mouvement Ecologique hatte bekanntlich 2003 Dr. Ewingmann vom finanzwissenschaftlichen Institut an der Universität zu Köln eine Studie über eine nachhaltige Steuerreform in Luxemburg erstellt.

Nachdem die Studie eine Reihe von interessierten Kreisen schon vorgestellt wurde, konnte Dr. Ewingmann im Beisein einer Delegation des Mouvement Ecologique die Studie ebenfalls vor den Mitgliedern der Umweltkommission der Abgeordnetenkammer vorstellen.

Es ist zu hoffen, dass die politischen Parteien in ihren jeweiligen Wahlprogrammen Aussagen zu der vorgeschlagenen Steuerreform machen werden.

### Politische Bildung in Luxemburg

Der Mouvement Ecologique führt, wie schon berichtet, ein Projekt zur politischen Bildung in den Sekundarschulen Luxemburgs durch. In Zusammenarbeit mit dem "Institut de Formation Sociale" wird derzeit an einer Bestandsaufnahme sowohl der diesbezüglichen Schulprogramme der technischen und klassischen Lyzeen als auch paraschulischer Angebote gearbeitet.

In einer zweiten Phase soll mit Hilfe externer Moderatoren Diskussionsrunden u.a. mit Jugendlichen aus Lyzeen über den Stand der politischen Bildung bzw. möglicher Initiativen erfolgen. Wer Interesse daran hat, kann sich per Greeting Telefon 439030-1 oder per mail [meco@mweltzenter.lu](mailto:meco@mweltzenter.lu) melden.

### "System Lëtzebuerg" - eine politische Analyse im Vorfeld der Legislativwahlen

Im Vorfeld der Legislativwahlen ist ein anderes Projekt des Mouvement Ecologiques angelaufen: es geht darum eine Analyse der Meinungs- und Entscheidungsbildung in unserem Land durchzuführen. Dies erfolgt zunächst in Form von gezielten Interviews von rund 25 Persönlichkeiten aus dem politischen, gewerkschaftlichen und sozialen Leben. Eine Synthese dieser Interviews wird u.a. in Rundtischgesprächen vertieft und auch veröffentlicht werden. Wer Interesse an einer Mitarbeit hat, kann sich gerne melden!

## Umweltberodung:

### Kein Diesel ohne Filter!



vor allem anlässlich des Autofestivals denkt wieder so manche VerbraucherInnen daran, sich ein neues Auto zu kaufen. Die Umweltberatung der Stiftung Öko-Fonds möchte in diesem Zusammenhang ein paar Tipps in Sachen Umweltverträglichkeit geben.

Die erste Möglichkeit aktiv zu werden, ist immer noch, das Auto stehen zu lassen und öfter Zug und Bus zu benutzen bzw. Fahrgemeinschaften zu bilden.

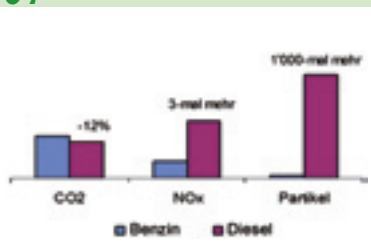
Was aber den Autokauf anbelangt, so ist aus Umweltsicht die VCD Auto-Umweltliste 2003/2004 sehr hilfreich. Seit 1989 nehmen die Autoexperten des VCD (Verkehrslub Deutschland) die aktuellen Modelle der Autoindustrie unter die Lupe und fragen: Wer baut das umweltverträglichste Auto?

Die Bewertung erfolgt nach den Werten des Ausstoßes des Treibhausgases CO<sub>2</sub>, dem Lärm und der Menge und Art der Schadstoffe, die aus dem Auspuff kommen. Mit der Auto-Umweltliste gibt der VCD all jenen eine fundierte Entscheidungshilfe an die Hand, die beim Autokauf ökologische Aspekte berücksichtigen wollen. So können die Verbraucher ihren Einfluss zugunsten eines umweltverträglicheren Angebots auf dem Automarkt geltend machen.

Insgesamt wurden 364 Autos im VCD-Umweltcheck bewertet. Resultat ist, dass es vor allem die neuen Technologien sind, die den Ton angeben - Hybrid-Motor, Erdgasantrieb und Partikelfilter.

Besonders das Thema „Rußpartikelfilter“ ist hochaktuell. Dies umso mehr, vor dem Hintergrund, daß sich der Anteil an Dieselfahrzeugen in den letzten Jahren auch in Luxemburg erhöht hat. Wurde noch vor kurzem von manchen Herstellern die Notwendigkeit eines Partikelfilters bestritten, so bieten in der Zwischenzeit aufgrund des starken öffentlichen Drucks verschiedene Marken Diesel-Pkw mit Rußfiltern an.

Dem Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft der Schweiz (BUWAL) zufolge ist das Krebs erzeugende Potential von Dieselmotoren 10-mal größer als das von Benzinmotoren. Wie man in der folgenden Abbildung deutlich gemacht wird, emittieren Diesel-Pkw zwar rund 10 bis 15% weniger Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) als vergleichbare Benzin-Pkw, stoßen aber andererseits rund 3-mal mehr Stickoxide (NOx) und bis zu 1000-mal mehr lungengängige Partikel aus.



Quelle: Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft, Schweiz

Das Verbrennen von Benzin und Diesel verstärkt bekanntlich den Treibhauseffekt und trägt zu in steigendem Ausmaß zur Klimaerwärmung bei. Von den Motorfahrzeugabgasen trägt insbesondere das CO<sub>2</sub> zur Klimaerwärmung bei. Diesel-Pkw sind wegen ihrer geringeren CO<sub>2</sub>-Emissionen bezüglich der Erwärmung durch den CO<sub>2</sub>-Effekt sicher besser als Benzin-Pkw. Allerdings ist CO<sub>2</sub> nicht die einzige Substanz, welche zu einer globalen Erwärmung führt und neben anderen klimawirksamen Gasen tragen insbesondere auch die Rußpartikel zur Klimaerwärmung bei. Wegen ihrer hohen Partikelemissionen sind Diesel-Pkw bezüglich der Klimaerwärmung durch den Rußpartikel-Effekt deshalb dennoch wesentlich schlechter als Benzin-Pkw.

Insgesamt wird also der im Vergleich zu Benzinmotoren um 12 % niedrigere CO<sub>2</sub>-Effekt von Dieselmotoren durch den negativen Rußpartikel-Effekt mehr oder weniger aufgehoben.

Mit Partikelfiltern und DeNOx-Katalysatoren (deren Entwicklung ist noch nicht serienreif) könnten Diesel-Pkw ebenso sauber sein wie Benzin-Pkw. Die technischen Möglichkeiten zur Abgasreinigung von Dieselfahrzeugen müssen dringend und schnell umgesetzt werden. Wer also unbedingt ein Diesel-Pkw kaufen will, der sollte wenigstens darauf achten, dass er ein Fahrzeug mit einem solchen Partikelfilter kauft. Dies sowohl wegen des Schutzes der menschlichen Gesundheit als auch wegen des negativen Effektes der Rußpartikel auf das globale Klima.

Die Auto-Umweltliste des Verkehrsclub Deutschland welche die umweltschonendsten Autos vorstellt sowie eine Liste aller mit Rußpartikelfilter ausgestatteter Autos sind bei der Stiftung Öko-Fonds erhältlich durch Überweisen von 5 € auf das Konto IBAN LU96 1111073418860000 mit einem entsprechenden Vermerk oder Sie können die Liste telefonisch unter 439030-40 bestellen.

## Schafffleisch aus der Wanderschäferei Schwarz

(im zweiten Jahr Umstellung auf biologische Landwirtschaft)

Die Wanderschäferei "Schwarz" verkauft Schaafl ihrer Wanderherde.

Die Preise sind:

- \* Ganzes Schaafl, d.h. +/- 15 kg Jahres-Lammfleisch 10 Euro/kg (zerteilt, nach Hause geliefert)
- \* Mettwurst: 16 Euro/kg (10 bis 15 % Schweinefleisch)
- \* Thüringer: 16 Euro/kg (10 bis 15 % Schweinefleisch)
- \* Merguez: 18 Euro/kg

Adresse: Schäferei Claude Schwarz, 1, rue de Hiehl, L-8715 Everlange, Tél: 23 63 84 06



## Danke an das Internat des Lycée Classique von Diekirch (Bâtiment de Mersch)



Am 30. November 2003 hatte das Internat vom Lycée classique de Diekirch - Bâtiment de Mersch einen Weihnachtsmarkt organisiert, wo selbsthergestellte Waren zum Verkauf angeboten wurden.

Durch den Kauf eines passenden Geschenkes für die Feiertage unterstützte der Besucher zwei Organisationen, die "Stroossekaner São Paulo" und die Stiftung Öko-Fonds.

Die Studenten hatten nämlich entschieden, den Erlös dieser Veranstaltung diesen beiden Organisationen zukommen zu lassen.

So konnten wir im Rahmen einer kleiner Feier am 2. Februar in Mersch die stolze Summe von 1.800 Euro entgegennehmen.

Wir möchten uns auf diesem Wege nochmals bei den Organisatoren bedanken und freuen uns über ihr Bewusstsein was die nachhaltige Entwicklung im Dienst von Mensch und Umwelt betrifft.

## Bonner Radreisemesse am 7. März 2004

in der Beethovenhalle - Partnerland Belgisch Limburg im Mittelpunkt - Sonderthema "Reisen mit Kindern".

Mit 53 Ausstellern können Urlauber gegenüber dem Vorjahr ein noch größeres Angebot führender Radreiseveranstalter und attraktiver Radelregionen entdecken. Im vergangenen Jahr hatte die Bonner Messe, eine der führenden Radreisemesen in Deutschland, 41 Aussteller an den Rhein gelockt. Partnerland wird im Jahr 2004 Belgisch Limburg sein. Die "Lëtzeburger Vélos-Initiativ" wird auch im Jahre 2004 mit einem Stand vertreten sein und Luxemburg als Fahrradland vorstellen und den Besuchern mit Rad(t)-schlägen zur Verfügung stehen.

Die Bonner Radreisemesse des ADFC Bonn/Rhein-Sieg ist nach der Hamburger Radreisemesse die wichtigste auf Radreisen spezialisierte Messe in Deutschland. Die Besucher können sich über Reisetrends, auf das Rad eingestellte Tourismusregionen, Reiseräder und nützliches Reisezubehör informieren. Als Sonderthema präsentiert die Messe 2004 "Radreisen mit Kindern". Dabei können sich Familien nicht nur über familienfreundliche Reiseziele informieren, sondern auch über geeignete Anhängersysteme. Im Rahmenprogramm stellen Weltenbummler ihre Reisen und Erfahrungen vor. Experten erläutern zudem GPS-Navigationsgeräte für Fahrräder. Öffnungszeiten, Eintritt: Die Messe ist am 7. März 2004 von 11 bis 18 Uhr in der Beethovenhalle für das Publikum geöffnet. Der Eintritt kostet 3 Euro pro Person, ADFC-Mitglieder haben freien Eintritt. Für Familien gilt ein Sondertarif von 5 Euro. Karten auch im Vorverkauf bei BonnTicket (gleichzeitig Fahrausweis im VRS). Weitere Informationen: www.adfc-bonn.de

## Gemeinnützige Stiftung Öko-Fonds

Ökologisches Zenter Pafendall  
6, rue Vauban  
L-2663 Luxembourg  
Tel.: 43 90 30-40/Fax: 43 90 30-43  
e-mail: oeko-fonds@emweltzenter.lu  
[www.emweltzenter.lu](http://www.emweltzenter.lu)  
CCP IBAN LU96 1111 0734 1886 0000  
BCEE IBAN LU31 0019 1100 4403 9000

"Eppes un d'Rulle bréngen": Die Stiftung Öko-Fonds führt wichtige Pilotprojekte für eine zukunftsfähige Gesellschaft durch, die vor allem von Spenden finanziert werden. Spenden ab 123,94 Euro pro Jahr können vom besteuerten Einkommen abgesetzt werden (Kumulierung mit anderen Spenden möglich). Informationen über aktuelle Projekte können zu jeder Zeit gerne nachgefragt werden.